

Dimension nicht erkannt – Zum weiteren Aufstieg der AfD in Hessen und Bayern

Zwei Dinge haben die Wahlergebnisse der AfD bei den Landtagswahlen in Bayern und Hessen offensichtlich gemacht: Die Partei kann gegenwärtig Umfragen auch in Wahlergebnisse umsetzen – in beiden Ländern lagen die Umfragen noch knapp unter den tatsächlichen Ergebnissen – und die AfD ist, was schon immer klar war, kein Problem Ostdeutschlands. Zwar gibt es eine ostdeutsche Spezifik, aber 14 bzw. 18 Prozent in zwei ökonomisch starken Bundesländern verdeutlichen die Dimension des Problems insgesamt.

Sieht man sich die politischen Reaktionen am Wahlabend und danach an, dann spricht wenig dafür, dass diese Dimension von der politischen Klasse erkannt wird. Die Migrationspolitik, genauer, ihre Verschärfung im Sinne der AfD, wird hier als zentraler Hebel angesehen, um dem Problem von rechts beizukommen. 2018 ff. hatte diese »Strategie« (Seehofer: »Migration ist die Mutter aller Probleme«) die AfD auf ihr damaliges Hoch von 18 Prozent katapultiert. Niemand aus dem Politikbetrieb beantwortet die Frage, warum Wähler:innen dieser Partei angesichts der hohen Wirksamkeit ihrer Wahl davon ablassen sollten, wenn andere denselben Weg einschlagen. Wahrscheinlicher ist es, dass man es mit weiteren Themen genauso probiert – z. B. der Klimapolitik.

Kein Grund besteht jedoch für Linke, sich über den unbeholfenen Umgang des Mainstreams zu erhe-

ben, denn auch diese Wahlen haben einmal mehr deutlich gemacht, dass zentrale Zielgruppen linker Politik zu den wichtigsten Wähler:innengruppen der AfD gehören. Infratest ermittelte für die ARD, dass 40 Prozent der Arbeiter:innen (die zur Wahl gegangen sind) AfD gewählt hätten. Bei der Forschungsgruppe Wahlen im ZDF sind es »nur« 29 Prozent und dieser gravierende Unterschied wird nicht erklärt. Bei beiden Instituten ist die AfD deutlich stärker in dieser Gruppe als die Parteien der gesellschaftlichen Linken zusammen (Infratest: SPD 14, Grüne 5, Linke 3 Prozent; FW: SPD 15, Grüne 7, Linke 3 Prozent). Arbeiter (die männliche Form stimmt in der Tendenz) wählen rechts, diese verkürzte Formel ist nicht neu, wird aber drängender, denn nach ARD-Zahlen hat die AfD hier einen Zuwachs von satten 16 Prozent.

Die Vielfachkrisen der letzten Jahrzehnte hinterlassen ihre Spuren und zahlen vor allem auf das Konto der extremen Rechten ein (vgl. den Beitrag von Sebastian Friedrich in diesem Heft). Die zunehmende Verunsicherung und das Versagen der Politik, darauf adäquate Antworten zu finden, tragen dazu genauso bei, wie eine vielleicht bis heute unterschätzte Durchdringung der Bevölkerung mit neoliberalen und konkurrenzbasierten Gesellschaftsvorstellungen, wie sie im letzten Vierteljahrhundert hegemoniale Verbreitung fand.

Von manchen Linken wird dieser Befund mit der Feststellung gekontert, die Linke (Partei(en) und Bewegung) machten einfach keine Klassenpolitik mehr, müssten die Themen Ungleich-

heit, Reichtum-Armut, oben-unten und die Eigentumsfrage nur offensiver artikulieren, um den berechtigten Protest der Leute nach links zu lenken. Wahrscheinlich wissen viele, die so reden, dass solche Wahrheiten zu einfach sind und die Lage komplizierter ist. Wirft man einen Blick auf die Themen, die für Wähler:innen der AfD wichtig sind, dann stehen Arbeit und Soziales sehr weit hinten. Klassische linke Themen der Umverteilung, wie Vermögens- und Erbschaftssteuer oder gar die Eigentumsfrage, stoßen hier nicht auf Begeisterung. Teils vielleicht aus Resignation, dass sich eine wirksame Politik der Umverteilung von oben nach unten ja doch nicht durchsetzen ließe, teils aber auch, weil die neoliberale Ideologie der letzten Jahrzehnte in die Köpfe eingesickert und zu politischen Überzeugungen geronnen ist.

Das korrespondiert mit dem für AfD-Wähler:innen zentralen Thema, der Zuwanderung. Konkurrenzrassismus ist ein zentrales Motiv für sie und dürfte gerade für die, die sich Sorgen um ihre wirtschaftliche und soziale Sicherheit machen, von hoher Bedeutung sein. Was Wilhelm Heitmeyer in seiner Studie »Deutsche Zustände« als »rohe Bürgerlichkeit« bezeichnete, findet sich auch in Teilen der Arbeiter:innenklasse. Abgrenzung, aber auch Wut und Hass richten sich auf diejenigen, die real oder vermeintlich nichts zum Wirtschaftsstandort beitragen und nicht den Normen der Leistungsideologie entsprechen. Dazu passt die in der vorletzten Leipziger Autoritarismus-Studie festgestellte Überidentifikation mit der wirtschaftlichen Leistung Deutschlands, mit dem

Standort – gerade bei Arbeitern. Individuelle Zufriedenheit wird hier stark mit der ökonomischen Stärke des Landes verbunden. Steht letztere zur Disposition, wie aktuell, dann schlägt das unmittelbar auf Demokratiezufriedenheit und die Bereitschaft für autoritäre Lösungen durch.

Dennoch ist die AfD natürlich keine Arbeiterpartei, wie zuletzt auch die DGB-Vorsitzende Fahimi in einem Interview unterstrich, und das nicht nur, weil sie objektiv vor allem die Interessen des Eigentumsblocks vertritt. In einer kurzen DIW-Studie zeigt Marcel Fratzscher, dass die reale Politik der AfD in den Parlamenten vor allem gegen die wirtschafts- und sozialpolitischen Interessen der Unterklassen gerichtet ist, und dass sie zusammen mit FDP und Union für einen Abbau sozialer Sicherungssysteme und eine Stärkung »des Marktes« gegenüber dem Staat eintritt. Leider ist auch bei einer Verbreitung solcher Erkenntnisse bei den davon betroffenen Wähler:innen der AfD nicht davon auszugehen, dass sie der Partei in Scharen den Rücken kehren. Ihre Erwartung an die AfD ist anders motiviert und diese Erwartung wird durch den Konkurrenzrassismus befriedigt. Nicht umsonst ergänzt die Partei ihre marktradikale Haltung immer wieder um Elemente einer ethnisch konnotierten Thematisierung sozialer Fragen.

Dennoch führt kein Weg an einer verstärkten inhaltlichen Auseinandersetzung mit der AfD vorbei, vor allem wenn man sich vergegenwärtigt, dass mehr als 80 Prozent ihrer Wähler:innen in Hessen und Bayern angegeben haben, es sei ihnen egal, dass es sich um

eine Partei der extremen Rechten handelt. Eine vor allem moralisch begründete Ablehnung der AfD – »Nazis wählt man nicht« – trägt nicht mehr und scheint eher das Gegenteil zu bewirken. Die Angriffe des Establishments auf Hubert Aiwanger in der sog. Flugblattaffäre waren in den Augen seiner Wähler:innen die sicherste Gewähr

dafür, die richtige Wahl zu treffen. Für Nichtwähler:innen, Unentschlossene und den Teil der ideologisch nicht festgelegten Protestwähler:innen der Partei kann es dennoch sinnvoll sein, sie über die sozialpolitische Ausrichtung der AfD-Politik zu informieren.

Gerd Wiegel

Mit Subventionen den Kapitalismus retten?

Mit stolzgeschwellter Brust trat der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer im Sommer vor die Presse, um zu verkünden, der Branchen-Primus der Chip-Produktion, die Taiwan Semiconductor Manufacturing Company TSMC, würde in Dresden eine Halbleiter-Fabrik mit 2000 Arbeitsplätzen errichten. Den Taiwanesen wurde ihre Entscheidung mit 5 Milliarden Euro Subventionen, der Hälfte der gesamten Investitionssumme, versüßt. Auch manche Dresdner und Dresdnerinnen erfüllte das mit einigem Stolz (»wir haben einen super Wirtschaftsstandort«) und natürlich wurde die Schaffung neuer Beschäftigungsmöglichkeiten begrüßt. Aber es gab in der lokalen Szene und Presse durchaus auch Bedenken. Würden der Energie- und Wasserbedarf und die Abwasserableitung einer solchen Fabrik, die erforderliche Verkehrsanbindung in dem angepeilten Areal, in dem bereits mehrere große Halbleiterproduzenten angesiedelt sind, und die notwendigen Sozialeinrichtungen nicht die Möglichkeiten der bestehenden Infrastruktur übersteigen? Wür-

den nicht auch städtische Ressourcen umgelenkt und dann an anderer Stelle fehlen? Würden die notwendigen Fachkräfte nicht aus den bestehenden Betrieben nur abgeworben, so dass es unter dem Strich zu gar keiner nennenswerten zusätzlichen Beschäftigung käme?

Wenn es um solche großen Investitionen geht, wischen die Regierungsvertreter in ihrer Euphorie derartige Bedenken zumeist beiseite. Man bekomme das alles schon irgendwie hin und die Vorteile würden mögliche Nachteile bei Weitem überwiegen. Außerdem dürfe das alles nicht so sehr durch die lokale Brille gesehen werden; es gehe dabei um übergreifende Ziele, schließlich stünden die technologische Souveränität, die wirtschaftliche Unabhängigkeit und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands, Europas, ja des ganzen »Westens« auf dem Spiel. Außerdem würde die Wertschöpfung in Sachsen gesteigert. Die Antwort auf die Fragen, inwiefern Investitionen taiwanesischer und US-amerikanischer Firmen zu mehr technologischer und wirtschaftlicher Unabhängigkeit führen sollten und ob deren Gewinne nicht in diese Länder transferiert würden, bleiben

unbeantwortet. Bei Ansiedlungswünschen chinesischer Firmen wird selbstverständlich ein äußerst restriktiver Kurs gefahren.

Die Subvention der TSMC-Ansiedlung ordnet sich in eine ganze Reihe subventions- und industriepolitischer Entscheidungen der jüngsten Zeit ein. Intel erhält für seine bei Magdeburg geplante Wafer-Fabrik 10 Milliarden, eine Drittel der Gesamtinvestition, ZF/Wolfspeed bekommt für seine saarländische Chipanlage dreiviertel Milliarden. Für den Ausbau von Infineon in Dresden fließt eine Milliarde, weitere 1,4 Milliarden gehen an verschiedene andere Projekte im sogenannten Silicon Saxony. Insgesamt fördert die Bundesregierung ab nächstem Jahr 31 Halbleiterprojekte mit 20 Milliarden Euro. Die Mittel kommen aus dem Klima- und Transformationsfonds KTF, der mit 180 Milliarden ursprünglich der Dekarbonisierung der Wirtschaft dienen sollte. Weitere Mittel stellen die Länder bereit, und beim Ausbau der stadtnahen Infrastruktur sind auch die kommunalen Haushalte gefordert. Die Halbleiterindustrie frisst neben gewaltigen Mengen an Wasser vor allem auch Energie. Für die Errichtung einer Fabrik, die Komponenten der Wasserstoff-Produktion zur Energiegewinnung herstellt, brachte Bundesminister Robert Habeck den Förderbescheid über 162 Millionen Euro persönlich nach Sachsen. Die meisten dieser Subventionen sind von der Europäischen Union im Rahmen des IPCEI-Programms (Important Project of Common European Interest) inzwischen genehmigt. Mit dem »Chip-Act« hofft die EU bis zu

43 Milliarden staatliche und private Investitionen für den Ausbau der europäischen Halbleiterindustrie zu mobilisieren und den Anteil Europas in diesem Bereich von weltweit unter 10 auf 20 Prozent zu erhöhen.

Aber selbst diese beachtliche Größenordnung ist wenig im Vergleich zu den USA oder Südost-Asien. Der US-Anteil an der Halbleiterindustrie liegt bei 38 Prozent; werden die Marktanteile nach Firmensitzen berechnet, also US-amerikanische Produktion außerhalb des Landes mitgezählt, sogar bei 54 Prozent. Für die nächste Zeit sind Investitionen um die 200 Mrd. US-Dollar geplant. In China umfassen die geplanten Investitionen für die nächsten Jahre 150 Milliarden US-Dollar, Japan 6,6, Taiwan 100, Südkorea 452, Indien 10. Der Marktanteil Asiens liegt bei aktuell 48 Prozent; Tendenz steigend.¹ Ob der Plan mit dem 20-prozentigen Anteil Europas an der weltweiten Chip-Produktion aufgeht, ist angesichts dieser Zahlen mehr als zu bezweifeln.

Mit Blick auf diese Entwicklung und die staatlichen Programme, die dahinterstehen, wurde in der FAZ die Frage gestellt: »Ist in der Chipindustrie eigentlich der Sozialismus samt Staatsfinanzierung, Plan- und Kommandowirtschaft ausgebrochen?«² Über

1 Alle Zahlen dieses Abschnitts nach: Frank Bösenberg (Geschäftsführer Silicon Saxony e.V.): A Silicon Symphony – Überblick zu technologischen und Marktentwicklungen für die europäische Halbleiterindustrie. Vortragsfolien Seniorenakademie Dresden vom 13.06.2023.

2 Stephan Finsterbusch: TSCM-Fabrik in Dresden: Der Sündenfall der Chipbranche. Faz.net vom 9.8.23.

solche aufgeregt und dummlichen Kommentare kann man eigentlich nur den Kopf schütteln. Der ganze Bereich der Mikroelektronik und der Kommunikations- und Informationstechnik ist seit weit mehr als hundert Jahren nicht ohne staatliche Unterstützung und Steuerung denkbar. Leutnant Werner von Siemens entwickelte 1846 seinen ersten elektrischen Telegrafen als Mitglied der Telegrafenkommision des preußischen Militärs. Seitdem ist diese Entwicklung nicht nur in Deutschland ganz maßgeblich durch militärstrategische Überlegungen mitgeprägt worden.³ Industriepolitik und Subventionen sind mitnichten erst heute »ausgebrochen«. Sie sind seit vielen Jahrzehnten, eigentlich schon seit weit über hundert Jahren, mal mehr und mal weniger fester Bestandteil kapitalistischer Politik, entweder im internationalen Konkurrenzkampf zur Förderung des heimischen Kapitals (so gewährte schon das gerade gegründete Deutsche Reich im Konkurrenzkampf gegen andere Länder sogenannte Postdampfersubventionen), zur Unterstützung der kolonialen Expansion einheimischer Unternehmen und imperialistischer Aggressionen oder als Element der Systemauseinsetzung zwischen Kapitalismus – heute im Kern als »der Westen« bezeichnet – und Sozialismus. Die Gesamtsubventionen von Bund, Ländern und Gemeinden in Deutschland (Finanzhilfen und Steuervergünstigungen) betragen 1970 insgesamt 31,4 Milliarden DM (fast 17 Milliarden Euro), 1989 vor dem

Anschluss der ostdeutschen Länder 76,6 Milliarden DM (ca. 40 Milliarden Euro) und werden laut jüngstem Subventionsbericht der Bundesregierung im nächsten Jahr 88,7 Milliarden Euro betragen. Da die Finanzierung bestimmter Ausgaben nach neuester Mode aus diversen Sondervermögen ähnlich dem KTF-Fonds erfolgt, die außerhalb der Staatshaushalte geführt werden, dürften die aktuellen Beträge wohl noch höher sein.

Der Kapitalismus kam noch nie ohne den Staat aus. Und auf dem Gebiet der Wirtschaft war er auch nie nur die Institution des Niederhaltens der Arbeiterklasse, der Garantie des Eigentums und der Sicherung systemischer Ordnungsgrundlagen. Er war immer auch Wirtschaftsteilnehmer und Marktakteur. Schon ein Verfechter »freier Märkte« wie der vor dreihundert Jahren geborene Adam Smith widmete beträchtliche Teile seines Werks den wirtschaftlichen Aufgaben des Staates. Adolf Wagner spricht Ende des 19. Jahrhunderts von einem Gesetz der wachsenden Staatstätigkeit. Dieser Tatbestand unterlag historischen Wandlungen und im 20. Jahrhundert hatte die Verquickung von Staat und Konzernen eine Qualität erreicht, die mit dem Begriff des Staatsmonopolistischen Kapitalismus ganz gut charakterisiert ist.

Eine Zeit lang schien es manchen Kommentatoren, mit der neoliberalen Verfassung des Kapitalismus und der Implosion des Sozialismus sei das nun alles vorbei und die Parole »Mehr Markt, weniger Staat« würde Wirklichkeit werden. Aber selbst in diesen Jahrzehnten hat es trotz des Drucks

3 Vgl. dazu auch verschiedene Beiträge in Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung Nr. 135, September 2023.

auf die Sozialsysteme und der Privatisierungen keinen generellen Rückbau des Staates, seiner industriepolitischen Ambitionen oder der Subventionen gegeben. Die Staatsquote blieb unverändert hoch und begann sogar wieder zu steigen. Heute erfolgt diese Entwicklung, darin eingeschlossen die Subventionen für die Halbleiterindustrie, nicht nur unter dem Zeichen der internationalen Konkurrenz schlechthin, sondern auch aus Angst vor China. »It's all about China, stupid« titelte ein Papier des Kölner IW vor einiger Zeit⁴. Die privatwirtschaftlich und monopolistisch verfassten Konzerne haben es nicht vermocht, die zunehmende Konkurrenzfähig-

keit staatlich geförderter chinesischer Firmen auch auf diesem Gebiet zu verhindern. Mehr noch, Wachstum und Entwicklung vieler dieser Konzerne sind ohne den chinesischen Markt und das chinesische Arbeitskräftereservoir kaum noch denkbar. Ein Vertreter der Dresdner VW-Niederlassung äußerte bei einem Vortrag in Dresden einmal, sie würden die chinesischen Parteitagebeschlüsse genauer studieren als wir das mit Parteitage dokumenten in der DDR wahrscheinlich jemals gemacht hätten. So stecken die Verfechter »des Westens« in einer Zwickmühle und müssen versuchen – den obigen Slogan ironisch gewendet – den Markt mit dem Staat zu retten.

4 Mit dem Slogan »It's the economy, stupid!« gewann Bill Clinton 1992 die US-Präsidentschaft.

Jürgen Leibiger

Afrika und die neue Weltordnung

Der achtzehnte Gipfel der G20 im September in Indien hat niemanden wirklich zufriedengestellt. Erstmals ist es dem »globalen Westen« nicht mehr gelungen, seine Agenda – Thematisierung und Verurteilung des russischen Angriffskriegs – durchzusetzen. Und seine Vertretungen haben es nicht gewagt, daran eine gemeinsame Abschlusserklärung scheitern zu lassen. Wenn es das noch gebraucht hätte: Der globale Einfluss der ehemaligen Kolonialmächte ist an seine Grenzen gestoßen. Und es gab ein geopolitisch potentiell bedeutsames Ereignis: Die Afrikanische Union (AU) wurde als

einundzwanzigstes Mitglied aufgenommen.

In Afrika knüpfen sich daran teilweise hohe Erwartungen. In zentralen globalen Fragen wie der Klimapolitik, dem internationalen Finanzsystem und der Handelspolitik würde Afrika nun stärker gehört werden. »Die Aufnahme Afrikas in die G20 bedeutet, dass Afrika als zentraler Akteur der Weltwirtschaft anerkannt wird«, meinte der sambische Präsident Hichilema: Afrika würde vom Objekt zum Akteur.

Ob sich diese hochgesteckten Erwartungen erfüllen, ist jedoch alles andere als sicher. Denn die 54¹ Mit-

1 Eigentlich sind es 55 Mitgliedsländer, aber Marokko bleibt wegen der Annexion der spanischen Sahara ausgeschlossen.

gliedsländer der AU sind von einer gemeinsamen globalen Agenda weit entfernt. Wie fragil die afrikanische Einheit ist, zeigen die jüngsten Auseinandersetzungen in der Sahelzone. Der Militärputsch im Niger im Juli 2023 wurde von der von Nigeria dominierten westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS mit wirtschaftlichen Sanktionen und militärischen Drohgebärden beantwortet, auch die AU verurteilte den Sturz des bisherigen Präsidenten. Dagegen stellten sich die Regierungen Malis und Burkina Fasos (ebenfalls durch Militärputsche an die Macht gekommen) an die Seite Nigers. Sie gründeten die »Allianz der Sahel-Staaten« als Militärbündnis. Auch Algerien lehnte militärische Interventionen gegen den Niger ab. Während die drei Staaten sich scharf gegen den bislang dominierenden französischen Einfluss in West- und Zentralafrika wandten (»Françafrique«), kann sich Frankreich in der Region auf ebenfalls autoritär regierte Staaten wie den Tschad und Guinea stützen. Die militärische Präsenz Frankreichs im Tschad wird verstärkt. Und seit dem Militärputsch in Guinea im September 2021, der ein traditionell russlandfreundliches Regime gestürzt hatte, hat Frankreich seine Beziehungen mit Conakry wieder verstärkt, wobei der Ressourcenreichtum des Landes (Bauxit, Eisen-erz) neben seiner strategischen Lage an der Grenze zu Mali ein zusätzlicher Faktor ist. Auch in Mauretanien wird die westliche Präsenz verstärkt, wobei dort die USA militärisch sehr aktiv sind. Instrument des westlichen Einflusses in der Sahel-Region ist die 2017 von der EU, Frankreich und Deutsch-

land gegründete »Sahel-Allianz«, die derzeit von Deutschland präsiert wird. Sie hat aktuell 18 Mitglieder, neben den großen westlichen Ländern auch diverse internationale Institutionen, wie etwa die Weltbank und regionale Entwicklungsbanken, aber auch das UN-Entwicklungsprogramm.

Aber auch unabhängig von der Tatsache, dass sich die globalen geostrategischen Konflikte innerhalb Afrikas als politische Konflikte zwischen einzelnen Mitgliedsländern widerspiegeln², sind die afrikanischen Länder weit davon entfernt, gemeinsame Interessen zu verfolgen. So gilt z. B. gut die Hälfte der AU-Mitgliedsländer nach Weltbank-Kriterien als ressourcenreich, die andere Hälfte aber ist ressourcenarm. Die Veränderung von Rohstoff- und Energiepreisen hat in Afrika durchaus unterschiedliche Folgen. Projekte, denen gemeinsame ökonomische Interessen zugrunde liegen, wie z. B. die afrikanische Freihandelszone (African Continental Free Trade Area – AfCFTA) gibt es, sie stoßen aber auf zahlreiche Schwierigkeiten, die auch mit unterschiedlichen handelspolitischen Interessen einzelner Mitgliedsstaaten zusammenhängen. Bis heute gelingt es der EU, durch die unterschiedliche Behandlung von afrikanischen Staaten bzw. Staatengruppen afrikanische Integrationsprozesse zu konterkarieren. Bilaterale Handelsabkommen der EU, wie z. B. mit den nordafrikanischen Ländern, stehen im Widerspruch zu den Intentionen einer afrikanischen Freihandelszone.

2 Afrika werde verstärkt ein »diplomatisches Kampffeld«, zitiert die Zeitung *Le Monde* (14.9.23) politische Beobachter.

Auch die besondere Rolle der Republik Südafrika, die zugleich Mitglied der G20 und der BRICS-Staatengruppe ist, erschwert die Formulierung und Umsetzung gemeinsamer politischer und ökonomischer Positionen. Für BRICS-Länder gilt Südafrika vielfach als »Gateway to Africa«, was nicht von allen afrikanischen Ländern gern gesehen wird, und ebenfalls (wie die Frage der Beziehungen EU-Afrika) im Widerspruch zur Priorität der afrikanischen Integration geraten kann. Südafrika als globaler Akteur steht im Spannungsfeld zwischen eigenen nationalen Interessen, Interessen der BRICS-Gruppe und den Anforderungen des afrikanischen Integrationsprozesses. «Südafrika muss seine Interessen innerhalb von BRICS klar definieren – aber vor allem ... als gesamtafrikanisches Interessenparadigma«, formuliert eine Analyse der

südafrikanischen Beziehungen zur BRICS-Gruppe.³

Insgesamt ist keineswegs sicher, dass die G20-Mitgliedschaft der AU dem jahrhundertealten »Scramble for Africa«⁴ der Großmächte ein Ende setzen kann. Immerhin ist zu hoffen, dass der mit dieser Rolle verbundene Zwang, gemeinsame afrikanische Positionen zu den zentralen globalen Fragen zu entwickeln, dem afrikanischen Integrationsprozess neue Impulse verleihen wird.

Jörg Goldberg

3 Chris Landsberg/Oscar von Heerden, *Manna from Heaven! South Africa's Search for Relevance in the BRICS Constellation*, in: David Monyae/Bhaso Ndzendze (Ed.), *The BRICS Order. Assertive or Complementing the West?* Cham/Switzerland 2021, S. 143.

4 So bezeichnete die *Londoner Times* am 15. September 1884 die Auseinandersetzungen zwischen den Kolonialmächten im Kontext der Berliner Kongo-Konferenz. Kritiker übersetzten das auch als »Balgerei um Afrika«.

Der untote Lenin

Hartnäckige linke Nostalgiker werden sich noch eines Witzes aus der späten Sowjetunion erinnern, der etwa so ging: Wissenschaftlern gelang es eine Pille zu entwickeln, die Tote wieder lebendig macht. Ein solches Wunderwerk sowjetischer Wissenschaft musste ausprobiert werden und man entschloss sich es mit dem Würdigsten, mit dem einbalsamierten Lenin zu versuchen. Gesagt, getan, es funktioniert, Lenin war auferstanden. Er schaute sich im Lande um, packte unwirsch seine Sachen und hinterließ einen Zettel: »Ich muss zurück nach

Zürich, eine neue Revolution vorzubereiten.«

Auferstanden ist er in der Tat nicht. Ja, er wird heute vor dem Hintergrund des russischen Kriegs mit der Ukraine und dem US-geführten Westen eher negativ betrachtet. Putin ist sich sicher, dass Lenin und die Bolschewiki Schuld an der glücklosen Teilnahme im 1. Weltkrieg hatten und dafür sorgten, dass das Russische Reich in Chaos, Bürgerkrieg und nationaler Zerrissenheit unterging. Da war Stalin von ganz anderem Kaliber. Wiederum werden heutige Kritiker des Ukraine-Kriegs nicht müde, Lenin gegen Putin in Stellung zu bringen, weil der

multiethnisch geprägte bolschewistische Staatsgründer bis zu seinem Lebensende sich gegen »großrussischen Chauvinismus« verwahrte und sich sorgte, dass die Groß-Russen das feingesponnene Netz einer Union sowjetischer Nationen und Völker zerreißen würden.

Ansonsten ist Lenin heute für die verbliebenen, zerstrittenen Linken, die sich zu einem wie auch immer gearteten »demokratischen Sozialismus« bekennen, meist ein toter Hund. »Seine« Oktoberrevolution hat inzwischen einen schlechten Ruf, denn sie endete in stalinistischer Repression und dem Untergang im Kalten Krieg. Für diese Linken keine Empfehlung für einen künftigen Sozialismus. Ein mehr als verkürzter Blick. Denn er kann verwundern, weil die wichtigen Reformkräfte zur Modernisierung des Realsozialismus, zur Überwindung eines administrativ-zentralistischen, oft repressiven Stalinismus und Spätstalinismus, Lenin lasen, propagierten, oft wie eine Ikone vor sich hertrugen. Das betraf die Abrechnung mit dem »Personenkult« 1956, die Wiederentdeckung der »Neuen Ökonomischen Politik« mit seiner rehabilitierenden Sicht auf die Warenproduktion und die inneren, politisch und nicht gewaltsam zu lösenden Widersprüche im östlichen Umfeld von 1968: Das »Neue Ökonomische System« Ulbrichts wie der »Prager Frühling« angesichts der »Zivilisation am Scheideweg«, wie es dort Reformer erkannten, waren ohne Lenin nicht denkbar. Das betraf vor allem die zu späte Perestroika, die einen demokratischen Aufbruch des Realsozialismus versprach, aber mit dem

Zusammenbruch des staatlich organisierten Sozialismus in der UdSSR und in Osteuropa endete.

Sein 100. Todestag, er starb am 21. Januar 1924 nur 54 jählig, sollte allerdings Anlass sein, sich dieses marxistischen Theoretikers und Praktikers neu zu versichern. Sicher wird nicht sein brachialer Weg zur Revolution im »halbasiatischen Russland« im Mittelpunkt stehen, nicht seine Enttäuschung über das Ausbleiben der von ihm als zwingend notwendig erachteten Unterstützung der russischen Revolution durch die vermeintlich viel entwickelteren Linken Westeuropas. Aber wieder aufzunehmen sind jene Gedanken Lenins zu einem auf breiter demokratischer und Klassenbasis agierenden nachholenden Sozialismusversuch, seine Suche nach demokratischen Austragungsformen von Widersprüchen und Konflikten mit Sowjets, mit den oft missverstandenen »Transmissionsriemen«, die die Verbindung wie Rückkoppelung von Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Organisationen mit der Partei und der politischen Führung sichern sollten, seine demokratisch verstandene Vorstellung von demokratischem Zentralismus. Zentral für ihn war die Vorstellung – entstanden in der Revolution 1905 – von den Sowjets als basisdemokratische Alternative zum bürgerlichen Parlamentarismus, eine Räte Demokratie, die seinem Verständnis von Sozialismus als umfassendem demokratischen Prozess der Massen entsprach. Dass dieser breite Demokratismus sich im Interventions- und Bürgerkrieg erschöpfte und von Lenin, noch mehr von seinen Nachfolgern,

nicht wiederbelebt wurde, gehört zu den genetischen Defekten des realsozialistischen Sozialismusversuchs.

Auch daran ist zu erinnern: Es gibt Parallelen zur Gegenwart. 1914 war die Welt mit einer Polykrise konfrontiert, ging es um eine neue Weltordnung rivalisierender Großmächte und um den Platz – des, wie wir es heute nennen würden, – globalen Südens.

Spannend sind sein Verständnis, sein Umgang und seine Konsequenzen aus dem imperialistischen Großen Krieg, mit dem er 1914 konfrontiert wurde. Von Anbeginn – und einsam in der russischen wie den europäischen Arbeiterbewegungen, die noch am Vorabend des Krieges den breiten linken Aufstand gegen das Abschlagen der Arbeiter diesseits und jenseits der Fronten versprachen – blieben Lenin und seine Bolschewiki der Ablehnung jedes imperialistischen Krieges treu. Bewusst suchte er die Analyse des neuen Charakters des Kriegs der Imperialisten um die Neuaufteilung der Welt. Er analysierte ihren monopolkapitalistischen Expansions- und Aggressionscharakter nicht aus ihren moralischen Unzulänglichkeiten, sondern ihren ökonomischen Ursachen heraus. In einem solchen Krieg konnte es nicht um die unter seinen einstigen sozialdemokratischen Genossen nun so beliebte Verteidigung von Vaterland, Freiheit oder Demokratie gehen. Jeder imperialistische Krieg sollte unterwerfen und die Verlierer auspressen. Darum war er ohne Wenn und Aber zu bekämpfen und Lenin hob – das ist sicher der gewaltige Unterschied zu heute – die potentielle Stärke der Arbeiterbewegung hervor. Sie konnte und sie musste, so

seine Überzeugung, in der Lage sein, die Gewehre umzudrehen, den Krieg in eine sozialistische Revolution gegen die Mächtigen, die Kriegstreiber, Profiteure und Militaristen zu verwandeln. Dabei verschloss er nicht die Augen vor einer differenzierten Betrachtung der sich ungleichmäßig entwickelnden imperialistischen Mächte und vor den Chancen und Risiken für die Linken. Und gleichzeitig ließ er keinen Zweifel, dass die Ablehnung des imperialistischen Krieges nicht gleichbedeutend mit der Leugnung notwendiger nationaler Befreiungskämpfe sein durfte.

Lenin suchte für seine Positionen Verbündete, engagierte sich mit seinen für viele Linke zu radikalen, zu revolutionären Vorstellungen im Versuch, eine linke, letztlich revolutionäre Antikriegsbewegung über die linken Diskussionsprozesse von Zimmerwald und Kienthal hinaus zu schmieden. Er setzte im Kampf der russischen Bolschewiki auf die breite Kriegsmüdigkeit der Bürgerinnen und Bürger in Russland und verband die Forderung nach Frieden mit den drängenden sozialen Konflikten im Reich – für Brot, Boden und nationale Selbstbestimmung. Er wusste, dass er seine radikalen proletarischen Ziele mit denen breitester sozialer Schichten, mit Bauern, Intellektuellen, bürgerlichen Nationalisten, verbinden musste – und konnte. Und an eine weitere Position Lenin ist zu erinnern, obschon sie aus der Situation der alleingeblienen Revolution entstand, wenn auch an die für das Russische Reich akzeptierte Position der nationalen Selbstbestimmung ebenso anknüpfte, wie an die Befürwortung nationaler Befreiungs-

kämpfe: Die Hinwendung zu den »Völkern des Ostens« als potentiell antiimperialistische, antikapitalistische Kräfte, in welcher zeitgenössischen Verkleidung sie auch auftraten. Die Unterstützung der dortigen Revolutionen, ebenso wie das staatliche Annähern an die neu erstarkenden Mächte in der Türkei und in China, sprachen dafür.

Ja, Lenin kann nicht von den Toten wieder auferweckt werden. Aber seine Konzepte und Einsichten, seine Fähigkeit, sie in Losungen für linke

Bewegungen zu verdichten, Massen zu organisieren und zu führen und in jeweils neuen konkreten Situationen diese exakt zu analysieren und daraus Schlüsse zu ziehen, sich zu korrigieren und dennoch beharrlich gegen Krieg, Imperialismus, Kapitalismus zu kämpfen – das sollte heutigen Linken Anregung und Kraft geben. Nicht als Nachbeter, sondern als kritische Geister, die für den Frieden heute und den sozialen Umbruch kämpfen wollen.

Stefan Bollinger

Impressum

»Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung« wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Joachim Becker, Joachim Bischoff, Dieter Boris, Ulrich Brinkmann, Frank Deppe, Klaus Dräger, Jürgen Leibiger, Nicole Mayer-Ahuja, Klaus Pickshaus, Jörg Roesler, Conny Weißbach, Harald Werner.

Redaktion: Stefan Bollinger, Dominik Feldmann, Jörg Goldberg, Maren Hassan-Beik, Jule Kettelhoit, André Leisewitz, John Lütten, Patrick Ölkrug, Jürgen Reusch, David Salomon, Gerd Wiegel, Michael Zander.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers/der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Abonnementpreis (vier Hefte): Euro 35,-. Bei Bezug aus dem Ausland Euro 43,-. Das Einzelheft kostet Euro 10,-. Abo zum reduzierten Preis (Studierende u. a., gegen Nachweis) Euro 28,-, Ausland Euro 36,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen.

Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595. IBAN: DE 69 5005 0201 0000 0345 95; BIC: HE-LADEF1822. Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 700346, 60553 Frankfurt am Main, Tel./Fax: 069/53054406. e-mail: redaktion@zme-net.de; www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de. Druck: Beltz Bad Langensalza GmbH, Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza. ISSN: 0940-0648.

Redaktionsschluss: 31.11.2023. Wir bitten um freundliche Beachtung der Beilage der Zeitschrift »Marxistischen Blätter«.